

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 18.03.2024

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Haupt- und Finanzausschusses

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Michael Dregger

Ratsherr Ralf Schwarzkopf MdL

Ratsherr Christoph Weiland

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

Vertreter für Ratsfrau Susanne Mewes

Vertreter für Ratsherrn Oliver Fröhling

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsherr Steffen Kriegel

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek

Ratsherr Jens Voß

anwesend bis 19:39 Uhr

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Andreas Stach

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Josef Filippek

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Claudius Bartsch

Ratsherr Peter Oettinghaus

Gäste:

Herrn Philipp Nieland

zu Tagesordnungspunkt 18 der öffentlichen Sitzung

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler

Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus

Herr Stephan Theo Hammer

Herr Marcus Müller

Herr Matthias Reuver

Herr Frank Kuscharmirtz

Frau Claudia Stelse

Herr Stefan Frenz

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Petra Göldner-Haldimann

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Martina Pabst

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Martina von Schaewen

Frau Sabine Weichler

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Katrin Diez

Frau Sarah Katharina Erdmann

Frau Susanne Gerlach

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase

Beginn: 17:02 Uhr

Ende: 19:41 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

1.1. Verankerung von Fairtrade-Produkten beim kommunalen Beschaffungswesen

Frau Preuß-Beckmann vom Weltladentreff e.V.- Lüdenscheid stellt folgende Fragen:

- Inwiefern ist im kommunalen Beschaffungswesen im Hinblick auf „Fairtrade-Town Lüdenscheid“ Fairtrade verankert?
- Welche Waren/Güter werden im Sinne von Fairtrade wo eingekauft?
- Inwiefern spielen soziale und nachhaltige Kriterien bei den Beschaffungen eine Rolle?

Bürgermeister Wagemeyer sagt Frau Preuß-Beckmann eine schriftliche Beantwortung ihrer Fragen zu.

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid nimmt die Übersichten zur Kenntnis.

3. Anträge/Vorlagen zu TOP 7 "Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024/2025 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept)"

3.1. Haushaltsplan 2024/2025; hier: Beratung der Punkte 1 bis 10 des Antrages der CDU-Fraktion vom 17.01.2024 gemäß geändertem Beschluss des Rates vom 22.01.2024 Vorlage: 052/2024

Ratsherr Weiland geht zunächst aus Sicht der CDU-Fraktion auf die einzelnen Punkte ein.

Folgende Punkte seien in der Vorlage korrekt zusammengefasst und unstrittig:

- Punkt 1: Vermeidung zusätzlicher finanzieller Belastungen
- Punkt 2: Kompensation der Kosten/Mehrausgaben, die durch die Sperrung der Rahmede-Talbrücke entstanden sind bzw. weiter entstehen
- Punkt 3: Entmietung externer Büroflächen - Erarbeitung Raumkonzept

Der Punkt 4 „Zusammenfassung und Vereinfachung von Verwaltungsprozessen“ sei sowohl vom Schulausschuss als auch vom Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen worden.

Der Jugendhilfeausschuss, so sei ihm berichtet worden, hätte diesen Punkt inhaltlich nicht beraten. In dieser Sitzung sei man lediglich auf den folgenden zweiten Spiegelstrich

-Vorschläge zur Vereinfachung der Ermittlung/Berechnung von Beiträgen - z. B. durch Reduzierung der Einkommensstufen, Abschaffung der Geschwisterkindbeiträge,...

des Beschlussvorschlages eingegangen.

Falls aufgrund der aufgeführten Beispiele Fragen aufgekommen seien, könnten diese Beispiele gestrichen werden.

Grundsätzlich wäre es aber – auch im Hinblick auf die geänderte KiBiz-Gesetzgebung – sinnvoll, dass die Verwaltung Vorschläge zur Vereinfachung der Ermittlung/Berechnung von Beiträgen unterbreiten würde.

Die Punkte

- 5: Zentrale Vermietung von Räumlichkeiten unter Berücksichtigung der Förderung von Vereinen und Verbänden

und

- 6: Digitalisierung von Prozessen

seien ebenfalls unstrittig.

Bei Punkt 7 „Nachhaltige Investitionen in den Gebäudebestand (z. B. Energiekostensenkung durch verstärkte Nutzung von Photovoltaik für Mobilität, Wärme, Strom)“ habe die CDU-Fraktion in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 15.02.2024 dem abweichenden Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 28.02.2024 sei hierüber noch einmal diskutiert worden. Dies sei auch mit dem Hintergrund erfolgt, dass in der Sitzung des Sportausschusses am 16.02.2024 über neue Umkleieräume gesprochen worden sei, ohne dass die energetische Sanierung berücksichtigt bzw. geprüft worden sei.

Die CDU-Fraktion täte sich daher mit der abweichenden Formulierung schwer und würde zurück auf die ursprüngliche Formulierung ihres Antrags zurückgehen wollen.

Bei den Punkten

- 8: Steuerung der Beteiligungen als Profit- bzw. Cost-Center nach klaren Vorgaben; Generierung von Einnahmen im eigenen Verantwortungs- bzw. Beeinflussungsbereich
- 9: Ausschreibung von KiTa-Trägerschaften / KiTa-Bau-trägerschaften (nach vorheriger "Make or Buy-Prüfung")

und

- 10: Berücksichtigung von Vorschlägen der Gemeindeprüfungsanstalt: Neubewertung der Abschreibungen / geplante Investitionen umsetzen

würde sich die CDU-Fraktion den Vorschlägen der Verwaltung anschließen.

Im Anschluss teilt Ratscherr Voß zu Punkt 4 „Zusammenfassung und Vereinfachung von Verwaltungsprozessen“ mit, dass sich die SPD-Fraktion gegen eine *Reduzierung der Einkommensstufen* sowie der Abschaffung der Geschwisterkindbeiträge aussprechen würde. Man habe sich seinerzeit in einem sehr intensiven Diskussionsprozess dafür eingesetzt, dass es eine möglich soziale Erhebung von Gebühren in Lüdenscheid geben würde.

Ratscherr Weiland schlägt noch einmal vor, den Zusatz „z. B. durch Reduzierung der Einkommensstufen, Abschaffung der Geschwisterkindbeiträge, ...“

beim zweiten Spiegelstrich des Beschlussvorschlages zu streichen.

Auf die Nachfrage von Ratscherrn Voß, welche Vereinfachungen bei der Vermittlung/ Berechnung von Beiträgen sich Ratscherr Weiland beim Wegfall der aufgeführten Beispiele vorstellen würde, teilt dieser mit, dass eine einheitliche Gebührensatzung für KiTa und OGS eine Vereinfachung sei. Des Weiteren könnte die Erhebung der Gebühren, z. B. durch eine Vorveranlagung aufgrund der Gesamteinkünfte der letzten Steuererklärung, erfolgen. Ratscherr Voß teilt mit, dass es sich bei den genannten Vereinfachungen um die Spiegelstriche eins und drei des Beschlussvorschlages des Antrags handeln würde. Diese Punkte seien unstrittig.

Die SPD-Fraktion würde dem Beschlussvorschlag bei Streichung des Spiegelstriches zwei zustimmen.

Ratscherr Weiland spricht sich gegen diese Streichung aus, um der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, weitere Vereinfachungen auch im Hinblick auf eventuelle Änderungen der Einkommensstufen etc. zu finden.

Bürgermeister Wagemeyer fasst zusammen, dass zu Punkt 4 zunächst über den ursprünglichen Beschlussvorschlag des Antrags der CDU-Fraktion sowie im Anschluss über den Beschlussvorschlag ohne den zweiten Spiegelstrich abgestimmt würde.

Ratscherr Filippek kritisiert im Hinblick auf die schlechte Haushaltslage, dass in Punkt 1 „Vermeidung zusätzlicher finanzieller Belastungen“ des Antrags der CDU-Fraktion aufgeführt sei, dass von einer weiteren Anhebung der Gewerbesteuer abzusehen sei. Die Fraktion Die Linke beantrage daher, diesen Punkt zu streichen.

Ratscherr Weiland weist unter anderem darauf hin, dass Lüdenscheid bei den Standortfaktoren für Unternehmen im Hinblick auf die noch verfügbaren Gewerbeflächen sowie der verkehrstechnischen Situation gerade bei diesen Gewerbeflächen nicht gerade Vorteile bieten würde.

Ratscherr Holzrichter teilt mit, dass der Punkt 1 aus Sicht der FDP-Fraktion nicht diskutierbar sei. Er wolle noch einmal daran erinnern, dass im letzten HSK-Zeitraum die Gewerbe- und Grundsteuer sowie auch die KiTa- und OGS-Beiträge erhöht worden seien. Die Erhöhungen seien zum Teil wieder zurückgenommen worden. Die Gewerbesteuer sei allerdings nicht wieder gesenkt worden. Weitere Steuererhöhungen ab 2027 müssten vermieden werden.

Im Anschluss ruft Bürgermeister Wagemeyer den Punkt 7 „Nachhaltige Investitionen in den Gebäudebestand (z. B. Energiekostensenkung durch verstärkte Nutzung von Photovoltaik für Mobilität, Wärme, Strom)“ auf und fasst noch einmal wie folgt zusammen:

Im ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion sei folgender Beschluss vorgeschlagen worden: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Umsetzung der Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zu entwickeln. Bei allen aktuell anstehenden Investitionen sind Möglichkeiten zu prüfen, bei denen z. B. durch die Installation einer Photovoltaik-Anlage durch die Eigenerzeugung und -nutzung von Energie auf Dauer Kosten eingespart werden können.

Im Bau- und Verkehrsausschuss am 15.02.2024 sei folgender abweichender Beschluss gefasst worden:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) einzuhalten**. Bei allen aktuell anstehenden Investitionen sind **weiterhin** Möglichkeiten zu prüfen, bei denen -z. B. durch die Installation einer Photovoltaik-Anlage- durch die Eigenerzeugung und -nutzung von Energie auf Dauer Kosten eingespart werden können.

Im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz am 28.02.2024 hätte die CDU-Fraktion den Antrag zurückgezogen und nun beantragt, bei der ursprünglichen Fassung zu bleiben.

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus teilt ergänzend mit, dass die Verwaltung einen abweichenden Beschlussvorschlag unterbreitet hätte, da die Verwaltung aufgrund eines Ratsbeschlusses beauftragt worden sei, einen Investitionsplan „Klimaneutralität“ zu erarbeiten, der die Klimaneutralität im Jahr 2040 vorsehen würde.

Das Gesetz für Erneuerbares Heizen –Gebäudeenergiegesetz (GEG) sehe eine Klimaneutralität ab dem Jahr 2045 vor.

Die Umsetzung der Klimaneutralität bei der Stadt Lüdenscheid sei daher früher vorgesehen, als es das Gebäudeenergiegesetz vorschreiben würde.

Bei der weiteren Erarbeitung des Investitionsplans „Klimaneutralität“ würden die Anforderungen des Antrags erfüllt, ohne ihn in dieser Form zu beschließen. Aus seiner Sicht bliebe man mit der Erarbeitung eines Konzeptes zur Umsetzung der Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) hinter den bereits gesetzten Anforderungen zurück.

Ratsherr Weiland vertritt einen anderen Standpunkt. Seiner Meinung nach ginge es um die Verknüpfung aller drei Punkte (Klimapakete, Investitionsplan „Klimaneutralität“ und das Gebäudeenergiegesetz). Eine Anpassung des vorbereiteten Investitionsplans müsse aufgrund des Gebäudeenergiegesetzes erfolgen.

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass auch über Punkt 7 getrennt abgestimmt würde.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Im Anschluss lässt Bürgermeister Wagemeyer über die Punkte 1, 2, 3, 5, 6, 8, 9 und 10 des Beschlussvorschlags abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei einer Gegenstimme des Ratsherrn Filippek folgende

Beschlüsse:

Zu den Punkten 1, 2, 3, 5, 6, 8, 9 und 10 des Antrages der CDU-Fraktion vom 17.01.2024 werden auf Basis der Beschlussempfehlungen der vorberatenden Fachausschüsse folgende Beschlüsse gefasst:

Punkt 1: Vermeidung zusätzlicher finanzieller Belastungen

Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge des Haushaltssicherungskonzeptes von einer weiteren Anhebung der Gewerbesteuern abzusehen. Die gesetzlich vorgesehene Neubemessung der Grundsteuern wird – wie angekündigt – aufkommensneutral umgesetzt.

Punkt 2: Kompensation der Kosten/Mehrausgaben, die durch die Sperrung der Rahmede-Talbrücke entstanden sind bzw. weiter entstehen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die vor dem Hintergrund der Sperrung der Rahmede-Talbrücke entstandenen Kosten/Mehrausgaben auch weiterhin vollumfänglich zu erfassen und bei der Autobahn GmbH, dem Bund und dem Land NRW geltend zu machen – bei weiterer Ablehnung auch auf juristischem Weg.

Punkt 3: Entmietung externer Büroflächen – Erarbeitung Raumkonzept

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein umfassendes und vollständiges Raumkonzept für alle Verwaltungsbereiche zu erarbeiten (bei Bedarf mit externer Hilfe) und in diesem Zuge ein Konzept zur mittel- bis langfristigen Entmietung externer Büroflächen zu entwickeln und dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen. Hierbei ist selbstverständlich sicherzustellen, dass

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung über moderne und optimal ausgestattete Arbeitsplätze verfügen, aber auch dem Wunsch nach mobilem Arbeiten Rechnung getragen wird.

Der Stellungnahme der Verwaltung vom 06.02.2024 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des entsprechenden HSK-Vorschlages Nr. 6 sowie des Ratsbeschlusses vom 22.01.2024 zum Raumprogramm für die Verwaltung der Stadt Lüdenscheid beauftragt.

Punkt 5: Zentrale Vermietung von Räumlichkeiten unter Berücksichtigung der Förderung von Vereinen und Verbänden

Die Verwaltung wird beauftragt:

- eine Bestandserhebung/-erfassung aller vermietbaren städtischen Räumlichkeiten durchzuführen,
- für diese Räumlichkeiten die unterschiedlichen Möglichkeiten und formellen Voraussetzungen für eine Vermietung zu prüfen,
- die Vor- und Nachteile einer Vermietung unter Berücksichtigung der Vereinsförderung und auch des privaten Angebotes innerhalb unserer Stadt aufzuzeigen und
- die Vor- und Nachteile einer zentralen Vermietstruktur innerhalb der Verwaltung unter Betrachtung der finanziellen, organisatorischen und personellen Anforderungen

darzulegen.

Das Konzept wird dem Kulturausschuss am 12.09.2024 zur Beratung vorgelegt.

Punkt 6: Digitalisierung von Prozessen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Digitalisierung von Prozessen voranzutreiben und ein Konzept vorzustellen, das sich u. a. auf die folgenden Gesichtspunkte bezieht:

- ein Digitales Formularmanagement
- ein Enterprise Content Management (Dokumenten Management System)
- eine E-Akte / Workflows innerhalb von Verwaltungsprozessen
- ein medienbruchfreies, digitales Angebot von Dienstleistungen im Rahmen des Bürgerservices

Der Bürgerservice soll erhöht und der Verwaltungsaufwand für wiederkehrende Prozesse durch IT unterstützt und verschlankt werden.

Punkt 8: Steuerung der Beteiligungen als Profit- bzw. Cost-Center nach klaren Vorgaben; Generierung von Einnahmen im eigenen Verantwortungs- bzw. Beeinflussungsbereich

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern sich Zuschüsse an Beteiligungen durch die Generierung von Einnahmen im eigenen Verantwortungs- und Beeinflussungsbereich der Gesellschaft ersetzen oder teilweise kompensieren lassen.

Punkt 9: Ausschreibung von KiTa-Trägerschaften / KiTa-Bauträgerschaften (nach vorheriger "Make or Buy-Prüfung")

Die Stadtverwaltung wird beauftragt

- a) neue KiTa-Trägerschaften in der Zukunft auszuschreiben
- b) für die Investition in neue Kindertagesstätten/Einrichtungen dasselbe Prüfverfahren anzuwenden wie im Vorfeld der KiTa-Bauträgerentscheidung für die „Hintere Parkstraße“ / „Kita Lenneteich“

Die idealtypische Verteilung der Kita-Trägerschaften soll weiter geführt werden.

Punkt 10: Berücksichtigung von Vorschlägen der Gemeindeprüfungsanstalt: Neubewertung der Abschreibungen / geplante Investitionen umsetzen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt

- a) investive Ermächtigungen, die für ein Haushaltsjahr vorgesehen sind, künftig zu 60 Prozent umzusetzen und diese Kennzahl in den Haushaltsplan und den Jahresabschluss aufzunehmen
- b) Ermächtigungen nur dann zu übertragen, wenn vorab eine Neukalkulation erfolgt ist
- c) Die Abschreibungen der Stadt Lüdenscheid im Bereich der Verkehrsflächen neu zu bewerten und den zuständigen Gremien entsprechend den Ergebnissen der Zustandsüberprüfung einen Entscheidungsvorschlag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	1

Im Anschluss lässt Bürgermeister Wagemeyer über den folgenden ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion zu Punkt 4 „Zusammenfassung und Vereinfachung von Verwaltungsprozessen“ abstimmen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine einheitliche Satzung für KiTa- und OGS-Gebühren unter Berücksichtigung der folgenden Gesichtspunkte zu überarbeiten:

- einheitliche Ermittlung von Gebühren in einer einzigen Beitragsstelle
- Vorschläge zur Vereinfachung der Ermittlung/Berechnung von Beiträgen -z.B. durch Reduzierung der Einkommensstufen, Abschaffung der Geschwisterkindbeiträge,...
- Vorerfassung/Vorabberechnung der Beiträge -z.B. durch die eingesetzte KIVAN-Software

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag bei fünf Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und einer Stimmenthaltung des Ratsherrn Holzrichter mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	1

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass somit folgender

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine einheitliche Satzung für KiTa- und OGS-Gebühren unter Berücksichtigung der folgenden Gesichtspunkte zu überarbeiten:

- einheitliche Ermittlung von Gebühren in einer einzigen Beitragsstelle
- Vorerfassung/Vorabberechnung der Beiträge – z.B. durch die eingesetzte KIVAN-Software

aufgenommen würde.

Im Anschluss lässt Bürgermeister Wagemeyer über den nachstehenden ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion zu Punkt 7 „Nachhaltige Investitionen in den Gebäudebestand (z. B. Energiekostensenkung durch verstärkte Nutzung von Photovoltaik für Mobilität, Wärme, Strom)“ abstimmen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Umsetzung der Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zu entwickeln. Bei allen aktuell anstehenden Investitionen sind Möglichkeiten zu prüfen, bei denen z. B. durch die Installation einer Photovoltaik Anlage durch die Eigenerzeugung und -nutzung von Energie auf Dauer Kosten eingespart werden können.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag bei fünf Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und einer Stimmenthaltung des Rats Herrn Filippek mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	1

Bürgermeister Wagemeyer stellt fest, dass sich somit die Mehrheit dem Vorschlag der Verwaltung angeschlossen hätte und folgender Beschluss zum Tragen käme:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) einzuhalten**. Bei allen aktuell anstehenden Investitionen sind **weiterhin** Möglichkeiten zu prüfen, bei denen -z. B. durch die Installation einer Photovoltaik-Anlage- durch die Eigenerzeugung und -nutzung von Energie auf Dauer Kosten eingespart werden können.

Vorschläge der Verwaltung zu den Punkten 3.2 bis 3.6.

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus informiert, dass die folgenden Anträge bzw. Beschlussempfehlungen aus den Fachausschüssen mit dem HSK konformgehen sowie der Investitionsdeckel eingehalten werden müsste.

Die Verwaltung hätte daher die Anträge sowohl haushalterisch als auch fachlich geprüft und entsprechende Vorschläge erarbeitet.

Diese Ergänzungsvorschläge zu den Änderungslisten seien vor der Sitzung als Tischvorlagen verteilt worden.

Anschließend geht er zunächst auf den Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Beleuchtung“ ein.

Nach Einschätzung des STL sei diese Maßnahme realisierbar. Ebenfalls würde STL in diesem Bereich gern eine Pilotstrecke mit Bewegungsmeldern und Controllern installieren. Bei dieser Installation sei die Beleuchtung nur eingeschaltet, wenn der Weg auch genutzt würde. Die Stadtwerke Lüdenscheid würden dieses Projekt unterstützen.

Da der Haushalt wahrscheinlich erst im Mai 2024 rechtskräftig würde, solle auch noch mal geprüft werden, ob es für dieses Projekt Fördermöglichkeiten gäbe.

Die Verwaltung schlage vor, den Ansatz für das Jahr 2025 zu bilden. Für das Jahr 2024 könne eine Verpflichtungsermächtigung eingerichtet werden, damit bereits die Beauftragung eingeleitet bzw. Aufträge erteilt werden könnten.

Zu dem Antrag der CDU-Fraktion zum Thema "Straßensanierung" führt Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus aus, dass es sich bei dem in dem Antrag aufgeführten Deckungsvorschlag (Mittel der Lichtgestaltung Innenstadt) um investive Mittel handeln würde.

Bei Straßensanierungsmaßnahmen im investiven Bereich handele es sich in der Regel um umfangreiche Herstellungsmaßnahmen (zum Beispiel KAG-Maßnahmen).

Ein umfangreiches Straßen-/Wegekonzept für die nächsten Jahre sei bereits am 11.12.2023 vom Rat beschlossen worden.

Der STL schlage daher vor, konsumtive Mittel für Deckensanierungen zur Verfügung zu stellen. Hierdurch könnten mehr Straßen in einen besseren Zustand versetzt werden.

Diese Mittel könnten über Instandhaltungsrückstellungen eingebracht werden. Die Deckung würde dann aus dem Jahresergebnis 2023 erfolgen.

Des Weiteren hätte der STL darum gebeten, konkrete Maßnahmen erst nach Beendigung der Winterzeit festzulegen.

Die Umsetzung könnte in einem Zeitraum von drei Jahren (2025 – 2027) erfolgen. Ein entsprechendes Maßnahmenprogramm würde der STL im Laufe des Jahres 2024 aufstellen, dieses mit den Versorgungsträgern abstimmen und im Herbst in die entsprechenden Gremien zur Beratung einbringen.

Im Anschluss weist er darauf hin, dass eine schnellere Umsetzung sowohl zu den Beleuchtungs- als auch zu den Straßensanierungsmaßnahmen u. a. auch aufgrund der Personal-kapazitäten beim STL nicht möglich sei. Des Weiteren teilt er mit, dass der STL bereits ein umfangreiches Maßnahmenpaket auch aus Vorjahren umsetzen müsse.

Zum Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Kosten für Breitbandanschlüsse in städtischen Schulen teilt Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus mit, dass die Ermittlung ergeben hätte, dass die Übernahme dieser Kosten zusätzlich zum Budget circa 26.000 € betragen würde.

Diese Summe sowie auch die Mittel für die Beleuchtung würden sich noch planmäßig im HSK bewegen. Bei entsprechender Beschlussfassung würde der Überschuss im Jahr 2034 unter 3.000 Euro liegen. Dies betrüge bei einem Haushaltsvolumen von 350 Millionen Euro 0,01 Promille.

Des Weiteren teilt er mit, dass sowohl der gemeinsame mündliche Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hinsichtlich der Erhöhung der Position „Erneuerung der Spielgeräte“ als auch der Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Sanierung der Spielplätze aus Sicht des STL realisierbar seien.

Hier würde vorgeschlagen, die Ansätze bei der Position „Spiel- und Bolzplätze“ im Jahr 2024 um 50.000 Euro und im Jahr 2025 um 150.000 Euro zu erhöhen.

Die Deckung könnte durch eine entsprechende Erhöhung bei der Position „Grundstücksverkäufe“ erfolgen.

Durch den Verkauf einiger Erbbaugrundstücke mit niedriger Verzinsung könnten die

benötigten Mittel erzielt werden.

Die Verwaltung würde ein Konzept zum Thema „Erbbaurechtsgrundstücke“ erarbeiten und dieses noch in diesem Jahr der Politik vorstellen.

Im Anschluss teilt Ratsherr Schwarzkopf mit, dass sich die CDU-Fraktion zunächst zu diesen Themen, insbesondere zum Thema „Spiel- und Bolzplätze“ noch einmal beraten wolle. Die CDU-Fraktion hielte es für sinnvoller, wenn die Mittel anhand einer vorliegenden Priorisierungsliste für Spielplätze vergeben würden.

Ratsherr Voß führt zu dem gemeinsamen mündlichen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP aus, dass die Verwaltung Vorschläge unterbreite solle, die von zwei Kriterien geleitet würden. So sollten zum einen Spielplätze, wo möglichst viele Kinder seien und zum anderen Spielplätze in einem maroden Zustand ausgewählt werden. Des Weiteren weist er darauf hin, dass diese Themen schon länger bekannt gewesen seien und hätten beraten werden können.

Der Haushalt sollte dem Rat möglichst in einer verabschiedungsfähigen Form vorgelegt werden. Die abschließende Beratung des Haushaltes würde in der Regel im Haupt- und Finanzausschuss erfolgen.

Abschließend teilt Ratsherr Voß mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag der Fraktion DIE LINKE. aufgrund der Festlegung von Spielplätzen ablehnen würde.

Ratsherr Holzrichter erklärt unter anderem, dass die Spielgeräte nach sachlichen Kriterien und nicht nach Wahlkreisen verteilt werden müssten. Darüber hinaus würde die Aufstellung der beantragten Spielgeräte lediglich für eine leichte Abhilfe sorgen. Die FDP-Fraktion spräche sich ebenfalls gegen eine Vorfestlegung aus und würde somit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. nicht zustimmen.

Auf den Vorschlag von Ratsherrn Stach in der heutigen Sitzung nur über die unstrittigen Punkte abzustimmen, teilt Ratsherr Weiland mit, dass die CDU-Fraktion noch über das Gesamtpaket mit allen Änderungen beraten wolle.

Des Weiteren teilt er mit, dass die Stadt Lüdenscheid in der Vergangenheit gut damit gefahren sei, einen Spielplatz auszuwählen und neu zu gestalten.

Ratsherr Filippek berichtet, dass die Fraktion DIE LINKE. von Eltern aus der Lösenbach bezüglich des Spielplatzes angesprochen worden sei. Die Fraktion DIE LINKE wolle die Diskussion nicht erschweren und würde ihren Antrag zurückziehen, wenn die in dem Antrag aufgeführten Spielplätze in die Prioritätenliste aufgenommen würden.

Ratsherr Holzrichter spricht sich gegen die Bedingung von Ratsherrn Filippek aus und schlägt vor, über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. abstimmen zu lassen.

Des Weiteren schlägt er vor, die Abstimmung auf die Ratssitzung am 15.04.2024 zu verschieben, um der CDU-Fraktion Zeit für die Beratung zu geben.

Im Anschluss führt Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus aus, dass jeder offene Punkt die weitere Beratung nicht einfacher machen würde. Er spräche sich daher dafür aus, ein Votum aus der heutigen Sitzung mitzunehmen. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Behandlung noch offener Punkte in der Sitzung des Rates zu einer Verzögerung des Genehmigungsprozesses des HSK sowie zu einer späteren Rechtskraft des Haushaltes 2024 führen würde.

Dies bäte er bei den weiteren Beratungen zu berücksichtigen.

In der weiteren Erörterung teilt unter anderem Ratsherr Schwarzkopf mit, dass sich die CDU-Fraktion bei einer heutigen Abstimmung enthalten würde.

Im Anschluss fasst Bürgermeister Wagemeyer zusammen, dass die Fraktion DIE LINKE ihren Antrag zur Sanierung der Spielplätze unter den Voraussetzungen, die der Stadtkämmerer vorgetragen hätte, zurückziehen würde.

Über die Punkte

3.2.: Antrag der CDU-Fraktion vom 14.02./18.02.2024 zum Thema "Beleuchtung"

3.3.: Antrag der CDU-Fraktion vom 14.02./18.02.2024 zum Thema "Straßen"

3.4.: Antrag der CDU-Fraktion vom 15.02.2024; Kosten Breitbandanschluss

und

3.5: Mündlicher Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 28.02.2024; Haushaltsplanberatung 2024/2025 / Erhöhung der Position "Erneuerung der Spielgeräte" um jeweils 100.000 Euro in den Jahren 2024 und 2025

könnte in der vom Beigeordneten und Stadtkämmerer Haarhaus vorgeschlagenen Weise gemeinsam abgestimmt werden.

Anschließend lässt er über die vorstehenden Punkte abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den Anträgen unter Berücksichtigung der Vorschläge der Verwaltung bei fünf Stimmenthaltungen der CDU-Fraktion zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8

Enthaltungen: 5

4. Stellenplan 2024/25

4.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 11.03.2024

Ratsherr Dregger begründet zunächst den Antrag der CDU-Fraktion.

Im Anschluss teilt Ratsherr Holzrichter mit, dass der Fachbereich 4 seiner Auffassung nach durchaus in der Lage sei, entsprechende Konzepte zu entwickeln. Der zuständige Fachbereichsleiter Herr Hammer hätte sich auch gegenüber den anderen Fraktionen nicht dahingehend geäußert, dass sein Fachbereich personelle Unterstützung benötige. Auch fehle ihm in dem Antrag ein entsprechender Deckungsvorschlag.

Ratsherr Voß kritisiert, dass der Antrag erst kurz vor den Fraktionssitzungen eingegangen sei. Ein Gegenfinanzierungsvorschlag sowie eine Stellungnahme der Verwaltung hätten nicht vorgelegen. Die Schaffung einer solchen Stelle hätte man sich vor den Haushaltsplanberatungen überlegen müssen. Falls die Stelle dringend erforderlich gewesen wäre, hätte die Verwaltung diese sicherlich bei den Stellenplanberatungen eingebracht. Die SPD-Fraktion würde den Antrag daher ablehnen.

Erster Stellvertretender Bürgermeister Weiß schlägt vor, den zuständigen Fachbereichsleiter, Herrn Hammer, direkt zu fragen, ob sein Bereich ausreichend personell ausgestattet sei, um entsprechende Konzepte, zum Beispiel für das Forum, zu entwickeln.

Bürgermeister Wagemeyer teilt hierzu zunächst mit, dass die Frage, ob das Personal ausreichen würde, von jedem der Fachbereichsleitungen verneint werden würde.

Fachbereichsleiter Hammer erklärt, dass die personellen Ressourcen gegenwärtig nicht ausreichen würden, um den Aufgabenbereich im Fachdienst Bauleitplanung und Städtebau abzubilden und um Stadtentwicklungsthemen nachzugehen. Momentan gäbe es eine Vakanz bei der Fachdienstleistungsstelle in diesem Fachdienst. Zum 01.04.2024 wird diese Stelle wiederbesetzt. Er sehe darin eine Chance, dass Thema Stadtentwicklung zunächst mit der neuen Fachdienstleitung beraten zu können.

Bürgermeister Wagemeyer schlägt vor, dass die neue Fachdienstleitung zunächst ihre Arbeit aufnehmen sollte. Diese könnte dann gemeinsam mit Fachbereichsleiter Hammer konzeptionell und strategisch überlegen, was gegebenenfalls darüber hinaus für eine entsprechende Aufstellung des Fachdienstes erforderlich sei. Das Thema könnte bei einem kommenden Stellenplan erneut aufgegriffen werden.

Ratsherr Schwarzkopf erläutert, dass der Antrag kurzfristig aufgrund eines gemeinsamen Termins seinerseits mit Herrn Westermann von der Stadt Lüdenscheid und einem Immobilienentwickler gestellt worden sei. Bei diesem Termin hätte man sich das Forum sowie auch weitere Leerstände in der Innenstadt angesehen. Ein Stadtentwicklungskonzept sei enorm wichtig. Aus diesem Grund würde die CDU-Fraktion auch schon seit Jahren einen Masterplan einfordern.

Der Fachbereich 4 müsste aus Sicht der CDU-Fraktion für die erforderlichen Entwicklungen mit einer solchen Stelle unterstützt werden.

Dem Vorschlag von Bürgermeister Wagemeyer könnte sich die CDU-Fraktion anschließen. Der Antrag könnte erst einmal zurückgestellt werden. Es müsste aber nach der Einarbeitung der neuen Fachdienstleitung erneut über die Schaffung einer solchen Stelle beraten werden.

4.2. Stellenplan 2024/25 Vorlage: 012/2024

4.2.1. Stellenplan 2024/25 - 1. Ergänzung Vorlage: 012/2024/1

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Stellenplan 2024/25 wird beschlossen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung
 - a. die Durchführung der Aufgabenkritik verstärkt voranzutreiben.
 - b. in den nächsten Jahren schrittweise ein Prozessmanagement in der Verwaltung zu etablieren,
 - c. auch darauf aufbauend, die Verwaltungsorganisation so weiterzuentwickeln, dass diese umfänglich auf
 - i. eine umfassende Digitalisierung
 - ii. den Fachkräftemangel
 - iii. die neuen, vielfältigen Bedrohungsszenarien vorbereitet und ausgerichtet ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

5. Zusätzliche Zuschüsse zu den Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 020/2024

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Ev. Versöhnungskirchengemeinde wird als Trägerin der Kindertageseinrichtungen „Friedrich-von-Bodelschwingh“ / Wiesmannstraße und „Unterm Himmelszelt“ / Am Brutenberg ab dem 01.08.2024 (Kindergartenjahr 2024/2024) ein freiwilliger Zuschuss zu den Kindpauschalen in Höhe des Trägeranteils an den Betriebskosten unter Berücksichtigung eines Eigenanteils von jährlich 20.000,- € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

6. Zusätzliche Zuschüsse zu den Betriebskosten des Vereins Spielmäuse e.V. für die Kindertagesbetreuung
Vorlage: 022/2024

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachfolgenden

Beschluss:

Dem Verein Spielmäuse e.V. wird jeweils ein zusätzlicher Zuschuss für den weiteren Betrieb der Kindertagesbetreuung und zur Erfüllung der Betreuungsverträge für 2024 in Höhe von 13.575 €, für 2025 in Höhe von 10.858 € und für das Jahr 2026 in Höhe von 5.355 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

7. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024/2025 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept)
Vorlage: 046/2024

Bürgermeister Wagemeyer weist noch einmal darauf hin, dass die Ergänzungsvorschläge der Verwaltung zu den Änderungslisten

- 1 HH 2024 2025 mit Begründungen
- 2 HH 2024 2025 für die Jahre 2026 – 2028

als Tischvorlagen an alle Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses verteilt worden seien (siehe hierzu auch „Vorschläge der Verwaltung zu den Punkten 3.2. bis 3.6“).

Anschließend empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid bei fünf Stimmenthaltungen der CDU-Fraktion folgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 sowie das Haushaltssicherungskonzept werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Enthaltungen: 5

8. Auswirkungen der Grundsteuerreform in Lüdenscheid Vorlage: 033/2024

Der Bericht über die Auswirkungen der Grundsteuerreform in Lüdenscheid wird zur Kenntnis genommen.

9. Betreuung und Förderung für Kinder – Planungen für den Zeitraum 2024-2027 Vorlage: 041/2024

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt nach kurzer Aussprache einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Bericht "Betreuung und Förderung für Kinder – Planungen für den Zeitraum 2024-2027" wird zur Kenntnis genommen.
2. Die im Bericht vorgeschlagenen Ausbauplanungen werden beschlossen.

Hierzu gehören bis zum Kindergarten-Jahr 2026/2027 auch:

- die Weiterverfolgung der Umsetzung der bisherigen Planungen,
- die Anpassung der Versorgungsquote für U3 Kita-Plätze bis zur nächsten Fortschreibung von 44,3 (Ist in 2023/2024 = 48,23 %) auf 50 Prozent,
- das jährliche Bedarfs- und Bestandsmonitoring der Verwaltung und bei Planabweichungen die Berichterstattung im Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

10. Integriertes energetisches Quartierskonzept Kluse / Tinsberg Vorlage: 001/2024

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Stadtplanungsausschuss, der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz, der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Rat der Stadt Lüdenscheid nehmen die Ergebnisse des integrierten energetischen Quartierskonzeptes Kluse / Tinsberg zur Kenntnis und der Stadtplanungsausschuss, der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen und der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt die Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**11. Fortschreibung Wasserversorgungskonzept für die Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 010/2024**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**12. Durchführung von Vergabeverfahren der ZGW mit einem Auftragswert von
über 500.000 €
Vorlage: 040/2024**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Den in der Vorlage genannten Vergabeverfahren wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**13. Aktuelle Entwicklungen in der Verkehrsüberwachung
Vorlage: 007/2024**

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**14. Kommunaler Ordnungsdienst (KOD) – Sachstandsbericht zum Beginn der
Umsetzung des Konzeptes
Vorlage: 049/2024**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**15. Bericht Arbeiten im Standesamt in der Cyberkrise
Vorlage: 048/2024**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**16. Arbeiten in der Cyber-Krise - Bürgeramt
Vorlage: 050/2024**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**17. Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: 013/2024**

Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2022 wird zur Kenntnis genommen.

18. Mündlicher Bericht; Durchführung der Lichtrouten

Bürgermeister Wagemeyer begrüßt zu diesem Punkt Herrn Nieland, Geschäftsführer der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH.

Herr Nieland bezieht sich zunächst auf seinen mündlichen Bericht in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 12.09.2022. In dieser Sitzung hätte er unter anderem darauf hingewiesen, dass die Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH mit den Lichtrouten keine Einnahmen generieren würde. Der Rat der Stadt Lüdenscheid hätte dann in seiner Sitzung am 24.10.2022 beschlossen, der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH für die Lichtrouten im Jahr 2025 einen Zuschuss in Höhe von 300.000 Euro zu gewähren. Des Weiteren hätte der Rat der Stadt Lüdenscheid die Schaffung zwei weiterer Stellen bei der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH mit seiner Beschlussfassung am 06.11.2023 ermöglicht.

Im Anschluss berichtet er, dass durch die Zuwendung der Stadt Lüdenscheid eine Realisierung der Lichtrouten im Jahr 2025 möglich sei. Darüber hinaus gelte es ein Konzept zu entwickeln, welches eine Realisierung der Lichtrouten über das Jahr 2025 hinaus bei gleich-zeitiger Reduzierung der Kosten ermöglichen würde.

Die Lichtrouten fänden bereits im März 2025 statt, da in der zweiten Jahreshälfte das Bautz-Festival, das Stadtfest sowie die Weihnachtsmärkte anstünden.

Ein weiteres Großevent im Herbst sei von der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH nicht zu stemmen.

Mittel- bis langfristig sei vorgesehen, die Lichtrouten alle zwei Jahre im Wechsel mit der Messe „Light + Building“ durchzuführen. Ebenfalls sollten in diesen Jahren keine Fußball-Europameisterschaften oder -Weltmeisterschaften anstehen, da langfristig Public Viewing fortgesetzt werden sollte.

Grundsätzlich würde die Fortsetzung der Lichtrouten auf Basis der altbewährten Konzeption befürwortet. Diese böte aber genug Freiraum für eine Weiterentwicklung. Die künstlerische Leitung würden wie in den vergangenen Jahren die Kuratoren Bettina Pelz und Tom Groll innehaben.

Mittelpunkt der Lichtrouten 2025 solle das Forum am Sternplatz werden. Das Thema „Nachhaltigkeit und Transformation“ würde bei diesen Lichtrouten eine große Rolle spielen. Zurzeit fänden wöchentliche Termine statt, an denen die Kuratoren und er teilnehmen würden.

Darüber hinaus würden in den nächsten Wochen Gespräche mit bisherigen Partnern sowie mit perspektivisch neuen Partnern geführt.

Das LichtRouten-Kollektiv hätte ebenfalls signalisiert, wieder als zuverlässiger Partner zur Seite zu stehen.

Die Zeit bis zu den nächsten Lichtrouten würde weiterhin mit einzelnen Installationen überbrückt.

Für weitere Fragen stünde er gern zur Verfügung.

Im Anschluss erkundigt sich Ratsherr Adam, ob für die Lichtrouten 2025 nur das Forum als Standort vorgesehen wäre. Diese Frage wird von Herrn Nieland verneint. Neben den Installationen im Forum seien auch weitere im Stadtgebiet vorgesehen.

Ratsherr Voß bezieht sich auf den seinerzeitigen Vorschlag der SPD-Fraktion, sich zukünftig bei den Lichtrouten auf Nachwuchskünstler und deren Förderung zu konzentrieren. Er erkundigt sich, warum dieser Vorschlag nicht umgesetzt worden sei.

Herr Nieland teilt hierzu mit, dass dieser Vorschlag auch im Hinblick auf die Kostenreduzierung aufgegriffen worden sei. Ebenfalls würde zurzeit noch über die Dauer der Lichtrouten diskutiert. Die letzten Lichtrouten hätten über einen Zeitraum von zehn Tagen stattgefunden.

Gegebenenfalls könnten durch eine Verkürzung noch Einsparungen erzielt werden.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Wagemeyer bei Herrn Nieland für die Berichterstattung.

Des Weiteren teilt er mit, dass im Haupt- und Finanzausschuss regelmäßig über den aktuellen Sachstand berichtet würde.

19. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

19.1. Bekanntgaben

19.1.1. Schriftliche Bekanntgabe; hier: Bericht "Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts - Wesentliche Inhalte und Veränderungen sowie Auswirkungen auf die Einbürgerungsbehörde"

Zu der schriftlichen Bekanntgabe ergibt sich kein Erörterungsbedarf.

19.1.2. Schriftliche Bekanntgabe; hier Abfallentsorgung und Vorgehen bei Vermüllung und wilden Kippen

Ratsherr Stach erkundigt sich, ob die Einnahmen aus den verhängten Bußgeldern für die unsachgemäße Müllentsorgung benannt werden könnten.

Bürgermeister Wagemeyer teilt hierzu mit, dass die Verwaltung diese Zahlen nachliefern würde.

Ratsherr Adam weist auf die Berge von gelben Säcken vor den Imbissbuden in der Wilhelmstraße hin und erkundigt sich, wie es hier mit der Entsorgung aussehen würde. Gegebenenfalls müssten hier ausreichend gelbe Tonnen zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren weist er auf die hohe Anzahl von Ratten am Sauerfeld in Höhe der Hohfuhstraße sowie in der Oberstadt hin. Eine Rattenbekämpfung sei dringend erforderlich.

Erster stellvertretender Bürgermeister Weiß teilt mit, dass häufig bereits am Vortag der Abholung schon die Mülltonnen sowie auch die gelben Säcke in der Wilhelmstraße sowie in den Nebenstraßen stünden. Die Anwohner müssten sich an die entsprechenden Regeln halten. Er frage daher die Verwaltung, was man hier gegen tun könnte.

Bürgermeister Wagemeyer sagt zu, dass die Anregungen aufgenommen und entsprechend thematisiert würden.

19.1.3. Mündliche Bekanntgabe; hier: Antwort des Landsamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) zum Antrag der Bürgerinitiative A45 zur Durchführung einer Gesundheitsstudie

Bürgermeister Wagemeyer gibt bekannt, dass die Antwort des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) zum Antrag der Bürgerinitiative A45 zur Durchführung einer Verkehrsgesundheitsstudie vorliegen würde.

Anschließend verliest er die folgenden Absätze des Schreibens:

„Der von der Bürgerinitiative geäußerten Erwartung an mögliche Belege für zukünftige Regressforderungen kann keine epidemiologische Studie entsprechen, da eine Studie keine individuellen, sondern nur statistisch gruppenbasierte Aussagen trifft.

Darüber hinaus genügt das von Herrn Wortberg vorgeschlagene Studiendesign nicht den notwendigen Anforderungen an wissenschaftliche Standards und eine gute epidemiologische Praxis.

*Das LANUV rät daher, die Bewertung der Belastungssituation der Anwohner*innen in Lüdenscheid auf die Beurteilung von Immissionsdaten zu fokussieren, um die Einhaltung bestehender Werte zum Schutz der menschlichen Gesundheit zu gewährleisten.“*

Das gesamte Schreiben würde im Nachgang den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

19.1.4. Mündliche Bekanntgabe; Terminvergaben Bürgeramt

Herr Frenz, Leiter des Fachdienstes Bürgeramt, gibt bekannt, dass das Bürgeramt ab dem 08.04.2024 auf ein termingestütztes System umstellen wird.

Des Weiteren bezieht er sich auf den Jahresbericht 2022 des Bürgeramts in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.09.2023. In diesem Bericht sei man auch auf die Kundenzahlen eingegangen. Die Kundendaten seien differenziert betrachtet worden. Kunden ohne Termin hätten im zweiten Halbjahr 2022 Wartezeiten von neun bis fünfundzwanzig Minuten gehabt. Hierbei handele es sich um monatliche Durchschnittswerte. Zu berücksichtigen sei auch, dass das Bürgeramt im Monat 3.500 bis 3.700 Kunden habe. Einzelwerte könnten stark abweichen.

Bei den Kunden mit Terminen hätten sich Wartezeiten von zwei bis dreieinhalb Minuten ergeben.

Diese Werte hätten sich in 2023 fortgesetzt.

Von Januar bis Oktober 2023 hätten Kunden ohne Termin Wartezeiten von sechs bis dreißig Minuten (Monatsdurchschnittswerte) gehabt. Bei den Kunden mit Termin hätten sich die Wartezeiten zwischen knapp zwei und dreieinhalb Minuten bewegt.

Aus diesem Grunde wolle das Bürgeramt zu einem termingestützten Kundenservice übergehen.

Hiervon ausgeschlossen würden die sogenannten Kurzkontaktangelegenheiten wie zum Beispiel Abholung eines Dokumentes, Ausstellen von Bescheinigungen oder Beantragung eines Führungszeugnisses.

Im Anschluss geht Herr Frenz auf Nachfragen einiger Ratsmitglieder ein.

19.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

19.3. Anfragen

19.3.1. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Oettinghaus; Aufstellung des Blitzer-Anhängers in der Brüderstraße

Ratsherr Oettinghaus fragt, wann der Blitzer-Anhänger wieder in der Brüderstraße aufgestellt würde.

In der letzten Stadtteilkonferenz sei von rund 600 Verstößen in einem Monat gesprochen worden. Er bäte darum – falls möglich – den Blitzer-Anhänger auf der Straßenseite, wo die Kindergärten seien, aufzustellen.

Bürgermeister Wagemeyer sagt zu, dass die Verwaltung diese Bitte mitnehmen würde.

**19.3.2. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Oettinghaus;
Bauvorhaben "Kaufland" in Lüdenscheid**

Rats Herr Oettinghaus fragt an, wie weit die Planungen von Kaufland bezüglich der Bebauung auf dem ehemaligen „Globus-Grundstück“ fortgeschritten seien.

Bürgermeister Wagemeyer antwortet, dass die Verwaltung sich zu diesem Thema im öffentlichen Teil nicht äußern würde.

gez. Wagemeyer

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schriftführerin